



Kreis Esslingen

## Auszeichnung für Landratsamt

Die Esslinger Kreisbehörde ist als familienfreundlicher Arbeitgeber zertifiziert worden.

Das Landratsamt Esslingen hat für seine familien- und lebensphasenbewusste Personalpolitik das Zertifikat zum „Audit Beruf und Familie“ erhalten. Der Landrat Heinz Eininger und die Gleichstellungsbeauftragte Annette Zoll-Decandia nahmen die Urkunde entgegen. „Wir haben in den vergangenen Jahren kontinuierlich an der Vereinbarkeit von Familie und Beruf in unserem Haus gearbeitet. Mit dem Zertifikat haben wir nun Brief und Siegel in der Hand, dass wir ein attraktiver Arbeitgeber sind“, sagte der Landrat bei der Zertifikatsübergabe. In einer virtuellen Feierstunde wurden bundesweit 287 Arbeitgeber gewürdigt.

Das Zertifikat gilt als Qualitätssiegel für eine betriebliche Vereinbarkeitspolitik von Beruf und Familie in allen Lebensphasen. Es wird von einem Kuratorium des Service-Unternehmens Beruf & Familie erteilt. Voraussetzung für die Zertifizierung ist das erfolgreiche Durchlaufen eines Auditierungsprozesses.

Die Dezernatsleitungen haben sich in einer Klausur mit dem Thema beschäftigt, Führungskräfte und Mitarbeiter haben an virtuellen Workshops teilgenommen. In der Auditierungsphase wurden nicht nur strategische Ziele festgesetzt, wie sich das Landratsamt bei seiner Personalpolitik weiterentwickeln kann. Es wurden auch konkrete Maßnahmen definiert, die in einer Zielvereinbarung festgehalten sind. So werden zum Beispiel die bereits vorhandenen Möglichkeiten zur Arbeitszeitflexibilisierung und zum Homeoffice weiter optimiert. Auch die Angebote des betrieblichen Gesundheitsmanagements sollen weiter ausgebaut werden. Diese gilt es nun während der dreijährigen Zertifikatslaufzeit zu realisieren. Die Umsetzung wird dann jährlich überprüft. **StZ**

### Leinfelden-Echterdingen

## Hallenbad öffnet noch vor den Ferien

Das Hallenbad in Leinfelden soll zum Beginn der Sommerferien wieder öffnen. Derzeit werden die notwendigen Vorbereitungen dafür getroffen. Unter anderem finden umfangreiche Reinigungsarbeiten statt. Auch die Technik wird überprüft und die Wasserqualität gemessen. Sollten keine bösen Überraschungen zu Tage treten, könnten die allgemeine Öffentlichkeit, Vereine und nach den Sommerferien auch die Schulen das Bad bis zum Beginn der Abrissarbeiten wieder nutzen. Zwischenzeitlich hatte die Stadt angekündigt, das Hallenbad bis zu seinem Abriss nicht mehr zu öffnen. Nun hat jedoch offenbar ein Umdenken stattgefunden.

Immerhin wird der Neubau voraussichtlich nicht vor dem Jahr 2023 beginnen. „Ich bin positiv gestimmt“, sagt Manfred Kern vom Amt für Schulen, Jugend und Vereine bei der Stadt Leinfelden-Echterdingen erfreut. Ein Knackpunkt sei die Technik des Hauses. Sollte etwas kaputt gehen, müsste unter Umständen wieder geschlossen werden. Manches Ersatzteil ist kaum mehr auf dem Markt zu bekommen. „Wir hängen am seidenen Faden“, sagt Kern deshalb. Neben einem Technischaden könnte auch eine steigende Inzidenz erneut zu einer Schließung führen. Wenn jedoch die Technik mitspielt und die Inzidenz niedrig bleibt, soll der Hallenbadbesuch mit Voranmeldung für maximal 31 Personen bald wieder möglich sein. „Wir hoffen, dass es die Leute annehmen“, so Kern. **pib**

### Kontakt

Redaktion Kreis Esslingen  
Telefon: 07 11/7205-1311  
E-Mail: region@stzn.de



Der Kirchheimer Oberbürgermeister Pascal Bader (rechts) und der Rathausprecher Robert Berndt mit der Friedensflagge.

Foto: Horst Rudel

## Symbol des Leids und der Hoffnung

Der Flaggentag erinnert auch im Landkreis Esslingen daran, dass Atomwaffen gegen das Völkerrecht verstoßen. Von Thomas Schorrardt

Die grün-weiße Flagge, die am Donnerstag, 8. Juli, vor dem Kirchheimer Rathaus und vor einer Reihe anderer Rathäuser im Kreis Esslingen weht, hebt sich wohltuend von den eher in gedeckten Farben gehaltenen Bannern ab, die sonst zu Gedenktagen aufgezogen werden. Trotzdem erinnert sie an eine der schwärzesten Stunden der Menschheitsgeschichte. Zugleich transportiert sie aber auch die Hoffnung, dass ein vergleichbares Leid nie mehr geschehen möge.

In der Endphase des Zweiten Weltkriegs, am 6. und am 9. August 1945, warfen US-amerikanische Bomber über den japanischen Großstädten Hiroshima und Nagasaki zwei Atombomben ab. Rund 200 000 Menschen verloren damals in den gewaltigen Feuerstürmen ihr Leben. Es sollte noch mehr als ein halbes Jahrhundert dauern, ehe der Internationale Gerichtshof in Den Haag (Niederlande) am 8. Juli 1996, gestützt auf ein Rechtsgutachten, feststellte, dass der Einsatz von Atomwaffen gegen das Völkerrecht verstößt. Gleiches gilt für seine bloße Androhung. Zudem schrieben die Richter der Staatengemeinschaft vor heute genau 25 Jahren ins Stammbuch, dass eine völkerrechtliche Verpflichtung besteht, „in redlicher Absicht Verhandlungen zu führen

und zum Abschluss zu bringen, die zu nuklearer Abrüstung in allen ihren Aspekten unter strikter und wirksamer internationaler Kontrolle führen.“

Um an diesen wegweisenden Richterspruch zu erinnern, hat die Stadt Hannover, die deutsche Partnerstadt Hiroshimas, vor zehn Jahren den Flaggentag in Deutschland eingeführt. Seitdem zeigen die „Mayors for Peace“, die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister für den Frieden, am 8. Juli eines jeden Jahres Flagge vor den Verwaltungszentralen ihrer Städte und Gemeinden.

Sie appellieren damit an ihre jeweiligen Staatsregierungen, den Atomwaffenvertragsvertrag zu unterzeichnen. Der Kirch-

heimer Gemeinderat hat am 17. März dieses Jahres beschlossen, dem deutlichen Städteappell der „International campaign to abolish nuclear weapons“ beizutreten und sich für eine nuklearwaffenfreie Welt stark zu machen.

„Es ist ein unerträglicher Zustand, dass die Atommächte noch immer über schätzungsweise 13 400 Atomwaffen verfügen. Seit Jahren wird das atomare Waffenarsenal modernisiert und gleichzeitig die letzten internationalen Abrüstungsverträge gekündigt oder nicht verlängert“, kritisiert der Kirchheimer Oberbürgermeister Pascal Bader, stellvertretend für die Ratsrunde in der Teckstadt, aber auch für weitere 13 Städte und Gemeinden im Landkreis Esslingen, die den internationalen Appell ebenfalls unterzeichnet haben.

Dabei nimmt der Rathauschef Pascal Bader auch die Bundesregierung in die Pflicht. Deutschland dürfe nicht länger ta-

tenlos bleiben. „Es wäre ein sehr wichtiges Signal für den Einstieg in die atomare Abrüstung, wenn Deutschland dem Vertrag beitreten würde“, so Bader.

Der Oberbürgermeister der Stadt Kirchheim stützt sich mit seiner Forderung auf den Beschluss des Kirchheimer Gemeinderats vom vergangenen März. Im Wortlaut hatte die Kirchheimer Ratsrunde folgenden Appell verabschiedet: „Unsere Stadt ist zutiefst besorgt über die immense Bedrohung, die Atomwaffen für Städte und Gemeinden auf der ganzen Welt darstellen.“

Wir sind fest überzeugt, dass unsere Einwohner und Einwohnerinnen das Recht auf ein Leben frei von dieser Bedrohung haben. Jeder Einsatz von Atomwaffen, ob vorsätzlich oder versehentlich, würde katastrophale, weitreichende und lang anhaltende Folgen für Mensch und Umwelt nach sich ziehen. Daher begrüßen wir den von den Vereinten Nationen verabschiedeten Vertrag zum Verbot von Atomwaffen 2017 und fordern die Bundesregierung zu deren Beitritt auf.“

Die Kirchheimer wollen es nicht bei wohlfeilen Worten belassen. Von 10 Uhr an informiert der Oberbürgermeister im Schulterschluss mit der Friedensinitiative Kirchheim vor dem Kirchheimer Rathaus in der Marktstraße 14 über das Doppeljubiläum der „Mayors for Peace“, über den Atomwaffenvertragsvertrag und über die Symbolik der Flagge, die an diesem 8. Juli vor dem Rathaus weht.

### 14 KOMMUNEN IM LANDKREIS ZEIGEN FLAGGE GEGEN ATOMWAFFEN

**Vereinigung** Die Organisation „Mayors for Peace“ setzt sich seit ihrer Gründung im Jahr 1982 gegen die weltweite Verbreitung und Beschaffung von Atomwaffen ein. Das weltweite Städtebündnis hat rund 8000 Mitglieder. Seit dem Jahr 2006 gehört auch die Stadt Kirchheim zu den mittlerweile 700 Städten in

Deutschland, die sich aktiv für das Verbot von Atomwaffen stark machen.

**Landkreis** In den 44 Gemeinden im Landkreis Esslingen sind neben dem Kirchheimer Oberbürgermeister Pascal Bader und dem Ersten Bürgermeister Günter Riemer führende Vertreter einer Rei-

he weiterer Kommunen Mitglied in der Vereinigung der „Bürgermeister für den Frieden“. In Aichwald, Baltmannsweiler, Deizisau, Esslingen, Köngen, Neuffen, Nürtingen, Plochingen, Reichenbach, Wendlingen, Wernau und Wolfschlügen zeigen sie am Donnerstag, 8. Juli, Flagge gegen Atomwaffen. **adt**

## Die Fildertafel steht bisher ohne neue Räume da

Eine Verkaufsfläche in Leinfelden-Echterdingen zu finden, gestaltet sich für den sozialen Laden schwierig. Von Philipp Braiteringer

Sie sind seit vielen Monaten auf der Suche. Bereits Anfang 2020 kündigte der Vermieter dem Diakonie- und Tafelladen an der Tübinger Straße in Echterdingen wegen Eigenbedarfs. Seitdem ist der Kreisdiakonieverband Esslingen auf der Suche nach neuen Räumen. Spätestens Ende des Jahres muss die Einrichtung ihr bisheriges Geschäft verlassen. Das Problem: Die Suche nach neuen Verkaufsflächen gestaltet sich äußerst schwierig. „Es gibt zu wenig freie Räume“, erklärt Tanja Herbrik. Sie ist die Leiterin des Fachbereichs Armut und Beschäftigung beim Kreisdiakonieverband.

Hinzu kommt, dass der Tafel- und der Diakonieladen spezielle Anforderungen an die Verkaufsfläche hat. So sollte das Geschäft einerseits zentral gelegen und gut mit dem ÖPNV erreichbar sein. Andererseits sollte es nicht in der vordersten Reihe sein. Kunden, denen es unangenehm ist, im Tafelladen einzukaufen, sollen sich nicht beobachtet fühlen, erklärt Herbrik. „Viele, die in der Tafel einkaufen, wollen nicht von allen gesehen werden.“

Die Fläche sollte um die 200 Quadratmeter betragen. Dieser Platz wird benötigt, mehr Fläche kann jedoch nicht mehr von den Ehrenamtlichen bewirtschaftet werden. Außerdem wolle der Tafelladen dem kommerziellen Handel keine Konkurrenz machen. „Es soll nur ein ergän-

zendes Angebot sein“, betont Herbrik. Wer im Tafelladen Waren beziehen möchte, muss zuvor seine Bedürftigkeit nachweisen. Die Anforderungen an Lage und Ladengröße sind jedoch nicht die einzigen Voraussetzungen für den neuen Tafelladen. Darüber hinaus könnten auch die ortsüblichen Mieten in Leinfelden-Echterdingen nicht bezahlt werden.

Sollte der Kreisdiakonieverband keine neue Unterkunft finden, müsste das Angebot in Leinfelden-Echterdingen massiv eingeschränkt werden. Im Jahr 2010 wurde die Echterdinger Außenstelle der Fildertafel in Filderstadt-Bernhausen eröffnet, um ein Angebot vor Ort zu machen. „Wir müssten schließen, wenn wir nichts finden“, sagt Tanja Herbrik. Vielleicht könnten dann noch zu bestimmten Terminen Essenstü-

ten verteilt werden, meint sie. Für die Ehrenamtlichen würde die Arbeit jedenfalls wesentlich schwieriger werden.

Die Leidtragenden wären die Kunden. Zwischen 200 und 300 Tafelkundenkarten seien in Leinfelden-Echterdingen ausgegeben, berichtet Herbrik. Seit dem Beginn der Coronapandemie hätten mehr Menschen eine Tafelkundenkarte beantragt. Zwischen 100 und 150 Haushalte nähmen durchschnittlich das Angebot des Ladens pro Woche an. Für sie würde es ebenfalls schwieriger werden, sich mit Lebensmitteln zu versorgen.



Der Diakonie- und Tafelladen in Echterdingen sucht neue Räumlichkeiten.

Foto: privat

Es seien aber nicht nur Lebensmittel im Tafelladen, von denen die Kunden profitierten, erklärt Herbrik. Viele Kunden schätzten auch den Austausch mit den Ehrenamtlichen. Zuweilen lebten manche Kunden alleine und freuten sich über ein Gespräch. Dabei könnten die Ehrenamtlichen auch über weitere Unterstützungsangebote informieren. „Es ist auch eine Anlaufstelle für ein niederschwelliges Beratungsangebot“, sagt Herbrik.

Wie notwendig der Diakonie- und Tafelladen ist, habe sich während der Coronapandemie gezeigt. Viele Aufstocker hät-

ten ihren Minijob verloren, berichtet Herbrik. Das ohnehin knappe Budget ist damit noch kleiner geworden.

Während der ersten Coronawelle sei dann noch hinzugekommen, dass in vielen Supermärkten die günstigen Lebensmittel wie Reis, Nudeln oder Mehl ausverkauft gewesen seien. In dieser Ausnahmesituation habe die Tafel sogar ausnahmsweise über den Großhandel Lebensmittel bezogen, erinnert sich Herbrik. Andernfalls hätten wohl viele Menschen große Probleme bekommen, sich Lebensmittel kaufen zu können.